633133-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architekturbüros – Teilgeneralsanierung und Erweiterung Berufsschule Bad Tölz, Bairawieserstr. – Architektenleistungen
OJ S 178/2026 15/09/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Bad Tölz - Wolfratshausen
E-Mail: Hauptamt@lra-toelz.de
Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft
Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Teilgeneralsanierung und Erweiterung Berufsschule Bad Tölz, Bairawieserstr. – Architektenleistungen
Beschreibung: Der Landkreis Bad Tölz - Wolfratshausen beabsichtigt die bestehende Nikolaus-Trischberger-Schule teilweise zu sanieren und teilweise zu erweitern. Gegenstand des Auftrages sind die vollumfänglichen Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021 der LPH 1-9. Umgesetzt werden die energetische Sanierung (Fassaden- und Dachflächen) und die teilweise Umstrukturierung des Gebäudebestands sowie zwei Ergänzungsneubauten mit insgesamt 6 Klassenräumen (EG, OG) und einem Ersatzwerkraum für Zimmererarbeiten (EG). Zusätzlich soll ein erdgeschossiger Anbau die bestehende Pausenhalle erweitern und die Integrierung eines Sekretariats ermöglichen. Der Bedarf an zusätzlichen Differenzierungsräumen für die Berufsvorbereitungsjahrgänge wird im Bestand realisiert. Auch die Sanitärbereiche (EG) im Bestand sind umzustrukturieren und an die heutigen Anforderungen anzupassen. Um die Vorgaben an die Raumlufthygiene zu gewährleisten, sind in den Klassenräumen Lüftungseinzelgeräte vorgesehen. Die Beheizung erfolgt über eine Nahwärmeleitung durch ein Landkreiseigenes Heizwerk mit Biomasseanteil. Angestrebt wird der energetische Standard EG 70. Der zu sanierende Gebäudebestand verfügt über eine Grundfläche (GR) von 2.846m2, einer Hüllfläche von ca. 10.060m² und einen Bruttorauminhalt (BRI) von ca. 24.850 m³ einschließlich Teilunterkellerung. Die Ergänzungsneubauten und die Pausenhallenerweiterung sind mit einer GR von insgesamt ca. 468,5m2 und einem BRI von ca. 3.470m³ veranschlagt. In den Anschlussbereichen an den Gebäudebestand ist außerdem ein Teilabbruch des Bestandsgebäudes von insgesamt ca. 1.100m3 zu berücksichtigen. Die Abbrucharbeiten sind ggf. im Rahmen von Vorabmaßnahmen (Sanierung Drainage) bereits 2027 umzusetzen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die konventionelle Massivbauweise des Bestandsgebäudes auch in den Ergänzungsbauten fortsetzt. Außerdem wird die Mitwirkung bei der Fördermittelbeschaffung als Besondere Leistung honoriert. Für den Bauablauf ist zu beachten, dass sich das Baugrundstück mitten im Ort befindet und über eine beengte Zufahrtsstraße erschlossen ist. Im Hinblick auf die Sicherheit ist besonders zu beachten, dass die Baumaßnahmen während des laufenden Schulbetriebes stattfinden werden. Auf Grund des geringen Umfanges der Leistungen für die Freianlagen werden die dazu erforderlichen

Architektenleistungen mitbeauftragt. Die Leistungen beginnen im Januar 2027 und enden voraussichtlich im Dezember 2030. Das genannte Ende der Leistungen bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inklusive der Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen o.ä.). Die LPH 9 läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat wie z.B. eine nicht zeitnahe Freigabe von Fördermitteln. Nach aktueller Grobkostenschätzung hat das Bauvolumen einen Umfang von rd. 10,5 Mio. € (brutto).
Kennung des Verfahrens: 35be2e06-80c8-4bab-abe8-48e5d6a8eac5
Interne Kennung: 701
Verfahrensart: Offenes Verfahren
Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bairawieser Str. 12 1/2
Stadt: Bad Tölz
Postleitzahl: 83646
Land, Gliederung (NUTS): Bad Tölz-Wolfratshausen (DE216)
Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Für die Einreichung von Eignungsnachweisen und des Angebotes ist ausschließlich die direkt, barrierefrei, uneingeschränkt und unentgeltlich zur Verfügung gestellte digitale Vergabeplattform zu nutzen. Eingereichte Unterlagen werden über die Vergabeplattform automatisch verschlüsselt. Eine unverschlüsselte Einreichung beispielsweise über E-Mail, über Fax oder per Brief ist nicht zulässig und führt zwangsweise zum Ausschluss. Fragen und Mitteilungen müssen ebenfalls über die digitale Vergabeplattform eingereicht werden. a) Die ausgefüllten Eignungsnachweise und auch die Angebote sind unter Angabe des Vor- und Nachnamens des gesamtverantwortlichen Vertreters des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft (BiGe) und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabeplattform einzureichen. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht formgerechte bzw. formlose Eignungsnachweise werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV). b) Während der Angebotsphase sind Fragen und Mitteilungen ausschließlich digital über den Kommunikationsbereich der Vergabeplattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist an den Auftraggeber (AG) zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabeplattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist veröffentlicht. c) Das Angebot mit den erforderlichen Eignungsnachweisen kann ausschließlich verschlüsselt elektronisch eingereicht werden und verbleibt beim AG. d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, dem

Eignungsnachweis beizulegen. e) Informationspflicht des Bieters: Die Teilnehmer/die Bieter verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist auf der zuvor genannten Vergabeplattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bieter ausdrücklich darauf hin-gewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die Angebotsfrist innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechen-de Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabeplattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf die Eignungsnachweise und das Angebot auswirken, gelten folgende Regelungen: Sind die Eignungsnachweise und das Angebot bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem AG bis zum Ende der Angebotsfrist über die Vergabeplattform mitzuteilen, sofern: * der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und kein neuer Eignungsnachweis und kein neues Angebot abgegeben werden, * der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot für ungültig erklärt und ein neuer Eignungsnachweis und ein neues Angebot abgegeben werden. Der neue Eignungsnachweis und das neue Angebot müssen vor Ende der Angebots- und der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen, * der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden sollen. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete, Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Angebotsfrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss, wenn der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden sollen. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Eignungsnachweis und ein bereits eingereichtes Angebot, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden müssen. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Eignungsnachweis und das alte Angebot unverändert aufrechterhalten werden.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

Anzuwendende grenzübergreifende Rechtsvorschrift: Richtlinie 2014/24/EU

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen: siehe Anlage 6 - Seite E3 ff. (A6 - Seite E3 ff.) a) Erklärung des Bieters über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 und § 124 GWB; b) Erklärung über das Nichtvorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister; c) Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach § 21 MiLoG; d) Erklärung des Bieters, ob und auf welche Art wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen bestehen; e) Ist der Bieter eine juristische Person, zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck die dem Projekt entsprechenden Planungsleistungen gehören, ist diese nur teilnahmeberechtigt, wenn durch Erklärung des Bieters gem. § 43 Abs. 1 VgV i. V. m. § 75 Abs. 3 VgV nachgewiesen wird, dass der verantwortliche Leistungserbringer die an die natürliche Person gestellten Anforderungen erfüllt; f) Will sich der Bieter bei der Erfüllung des Auftrags der Leistungen anderer Unternehmen bedienen, hat er diese zu benennen. Der Bieter muss außerdem gem. § 36 Abs. 1 VgV und § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV angeben, welche Teile des Auftrags er

beabsichtigt als Unterauftrag zu vergeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen (auch freier Mitarbeiter) ist abzugeben; g) Der Bieter muss bereit sein, im Auftragsfall eine Erklärung gem. § 1 des Verpflichtungsgesetzes abzugeben; h) Erklärung des Bieters über die Bildung von Bietergemeinschaften. Bietergemeinschaften haften gesamtschuldnerisch und haben mit ihrem Eignungsnachweis eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der bevollmächtigte Vertreter benannt ist, der die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle rechtsverbindlich vertritt. Mehrfachbeteiligungen einzelner Mitglieder einer Bietergemeinschaft sind unzulässig und führen zur Nichtberücksichtigung sämtlicher betroffener Bietergemeinschaften im weiteren Verfahren. Mehrfachbeteiligungen sind auch Teilnehmern unterschiedlicher Niederlassungen eines Bieterbüros sowie mehrerer Mitglieder ständiger Büro- und Arbeitsgemeinschaften; i) (AE9 - Seiten E16 und E17) Erklärung Bezug Russland; j) (AE10 - Seite E18) Erklärung Masernschutzgesetz;

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Teilgeneralsanierung und Erweiterung Berufsschule Bad Tölz, Bairawieserstr. - Architektenleistungen

Beschreibung: Der Landkreis Bad Tölz - Wolfratshausen beabsichtigt die bestehende Nikolaus-Trischberger-Schule teilweise zu sanieren und teilweise zu erweitern. Gegenstand des Auftrages sind die vollumfänglichen Leistungen der Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff HOAI 2021 der LPH 1-9. Umgesetzt werden die energetische Sanierung (Fassaden- und Dachflächen) und die teilweise Umstrukturierung des Gebäudebestands sowie zwei Ergänzungsneubauten mit insgesamt 6 Klassenräumen (EG, OG) und einem Ersatzwerkraum für Zimmererarbeiten (EG). Zusätzlich soll ein erdgeschossiger Anbau die bestehende Pausenhalle erweitern und die Integrierung eines Sekretariats ermöglichen. Der Bedarf an zusätzlichen Differenzierungsräumen für die Berufsvorbereitungsjahrgänge wird im Bestand realisiert. Auch die Sanitärbereiche (EG) im Bestand sind umzustrukturieren und an die heutigen Anforderungen anzupassen. Um die Vorgaben an die Raumlufthygiene zu gewährleisten, sind in den Klassenräumen Lüftungseinzelgeräte vorgesehen. Die Beheizung erfolgt über eine Nahwärmeleitung durch ein Landkreiseigenes Heizwerk mit Biomasseanteil. Angestrebt wird der energetische Standard EG 70. Der zu sanierende Gebäudebestand verfügt über eine Grundfläche (GR) von 2.846m2, einer Hüllfläche von ca. 10.060m² und einen Bruttorauminhalt (BRI) von ca. 24.850 m³ einschließlich Teilunterkellerung. Die Ergänzungsneubauten und die Pausenhallenerweiterung sind mit einer GR von insgesamt ca. 468,5m2 und einem BRI von ca. 3.470m³ veranschlagt. In den Anschlussbereichen an den Gebäudebestand ist außerdem ein Teilabbruch des Bestandsgebäudes von insgesamt ca. 1.100m3 zu berücksichtigen. Die Abbrucharbeiten sind ggf. im Rahmen von Vorabmaßnahmen (Sanierung Drainage) bereits 2027 umzusetzen. Es wird davon ausgegangen, dass sich die konventionelle Massivbauweise des Bestandsgebäudes auch in den Ergänzungsbauten fortsetzt. Außerdem wird die Mitwirkung bei der Fördermittelbeschaffung als Besondere Leistung honoriert. Für den Bauablauf ist zu beachten, dass sich das Baugrundstück mitten im Ort befindet und über eine beengte Zufahrtsstraße erschlossen ist. Im Hinblick auf die Sicherheit ist besonders zu beachten, dass die Baumaßnahmen während des laufenden Schulbetriebes stattfinden werden. Auf Grund des geringen Umfanges der Leistungen für die Freianlagen werden die dazu erforderlichen Architektenleistungen mitbeauftragt. Die Leistungen beginnen im Januar 2027 und enden voraussichtlich im Dezember 2030. Das genannte Ende der Leistungen bezieht sich auf den Abschluss der LPH 8 (inklusive der Nachlaufzeiten für Rechnungsprüfungen o.ä.). Die LPH 9

läuft darüber hinaus. Eine Verlängerung des Auftrages kann eintreten, wenn Projektverzögerungen entstehen, die der Auftragnehmer nicht zu verantworten hat wie z.B. eine nicht zeitnahe Freigabe von Fördermitteln. Nach aktueller Grobkostenschätzung hat das Bauvolumen einen Umfang von rd. 10,5 Mio. € (brutto).
Interne Kennung: 701

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen
Haupteinstufung (cpv): 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros
Zusätzliche Einstufung (cpv): 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Bairawieser Str. 12 1/2
Stadt: Bad Tölz
Postleitzahl: 83646
Land, Gliederung (NUTS): Bad Tölz-Wolfratshausen (DE216)
Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 07/01/2027
Enddatum der Laufzeit: 31/12/2030

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:
Teilnahme ist nicht vorbehalten.
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung
Gefördertes soziales Ziel: Zugang für alle

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Eignungskriterien: Auftragsunterlagen, Bekanntmachung
Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen
Beschreibung des Eignungskriteriums: siehe Anlage 6 - Seite E7 (A6 - Seite E7) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft (BiGe) über die Anzahl der durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenzahl und die Zahl seiner Führungskräfte in den letzten drei Jahren (2023, 2024, 2025) gem. §46 Abs. 3 Nr. 8 VgV. Die Mindestanforderung ist ein jährliches Mittel von einem technischen festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter – zusätzlich zur genannten Projektleitung im Leistungsbild Gebäude und Innenräume. Dabei sind freie Mitarbeiter wie Unterauftragnehmer im Eignungsnachweis aufzuführen. Der Nachweis über die entsprechende Verpflichtungserklärung bei Unteraufträgen gem. § 47 Abs. 1 VgV ist im Eignungsnachweis separat von diesen freien Mitarbeitern auszufüllen. (A6 - Seiten E7 ff.)
Angabe der Fachkräfte gem. §46 Abs. 3 Nr. 2 VgV: Erklärung des Bieters über die Berufsqualifikation eines Geschäftsführers oder einer Führungskraft gem. §75 VgV: Der Bieter erfüllt die fachliche Mindestanforderung, wenn in der Geschäftsführung oder unter den Führungskräften mindestens eine Person im jeweiligen Herkunftsstaat des Bieters berechtigt

ist, die Berufsqualifikation Architekt (Diplom, Master, Bachelor, o.ä.) gem. §75 VgV zu führen. Der Nachweis ist durch Vorlage eines Abschlussdokumentes mit Angabe der jeweiligen Fachrichtung im Bereich Architektur und dem Abschlussdatum zu erbringen. Falls im jeweiligen Herkunftsstaat die Berufsbezeichnung eines Architekten nicht gesetzlich geregelt sein sollte, sind vergleichbare fachliche Qualifikationen nachzuweisen. Dies geschieht durch Befähigungsnachweise entsprechend der Richtlinie 2013/55/EU-Berufsanerkennungsrichtlinie. (A6 - Seiten E7 ff.) Die Berufserfahrung des o.g. Geschäftsführers oder der Führungskraft im Leistungsbild Gebäude und Innenräume ist jeweils durch Vorlage eines aussagekräftigen Lebenslaufes nachzuweisen. Mindestanforderung sind vier Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder die Führungskraft in diesem Leistungsbild. (A6 - Seiten E14, E15) Angabe von zwei Referenzen (Referenz 1 und Referenz 2: LPH 1-8) gem. § 75 Abs. 5 VgV. Folgende Mindestanforderungen gelten bei den Referenzprojekten: Referenz 1: energetische Sanierung eines schulischen Hochbaus Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2016 und 31.12.2025 liegen, die LPH 1 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. Gegenstand des Referenzprojektes ist die entsprechende Architektenleistung bei einer Sanierungsmaßnahme im Bereich des gesamten schulischen Hochbaues mit einem Bauvolumen von mind. 2,0 Mio. €, wobei vom Bieter die LPH 1-8 vollständig erbracht wurden. Die vollständige Projektdarstellung des Referenzprojektes ist auf je höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite mit einer kurzen Beschreibung in Textform (und evtl. erforderlichen, graphischen Darstellungen wie Grundrissen, Ansichten, Fotos etc. zu dokumentieren). Referenz 2: Erweiterung eines schulischen Hochbaus: Der Referenzzeitraum muss zwischen 01.01.2016 und 31.10.2025 liegen, die LPH 1 darf nicht vor diesem Zeitraum begonnen und die LPH 8 muss in diesem Zeitraum abgeschlossen sein. Gegenstand des Referenzprojektes ist eine Leistung bei einer Neubaumaßnahme als Erweiterung eines Schulgebäudes mit einem Bauvolumen von mind. 2,0 Mio. € (brutto). Der Bieter muss dabei die LPH 1 -8 vollständig erbracht haben. Die vollständige Projektdarstellung des Referenzprojektes ist auf je höchstens zwei DIN A4-Seiten oder einer DIN A3-Seite mit einer kurzen Beschreibung in Textform (und evtl. erforderlichen, graphischen Darstellungen wie Grundrissen, Ansichten, Fotos etc. zu dokumentieren). Bei mindestens einem der eingereichten Referenzprojekte wurde bei der Beschaffung von öffentlichen Fördermitteln mitgewirkt (z.B. Zuarbeit hinsichtl. förderfähiger Kosten). Alle Referenzkriterien sind Mindestanforderungen. Die Nichteinhaltung der Eignungskriterien führt zum Ausschluss. Der AG behält sich vor, Bescheinigungen von öffentlichen und privaten AG über die Ausführung der angegebenen Referenzprojekte anzufordern. Bieter oder BiGe, bei denen im Zuge der Referenzprüfung festgestellt wird, dass die gemachten Angaben nicht korrekt sind, werden von der weiteren Wertung ausgeschlossen. Als Büroreferenz wird auch eine Referenz gewertet, die von den Mitarbeitern des Büros in ihrer Tätigkeit bei einem früheren Arbeitgeber erarbeitet worden sind, wenn eine weitgehende Identität zwischen den Personen, die für den Referenzauftrag beim früheren Unternehmen zuständig waren, und den Mitarbeitern im neuen Büro besteht. Hinweis: Die Auflistung der Eignungskriterien ist ausschließlich in Anlage 6 vollständig.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz
Beschreibung des Eignungskriteriums: siehe Anlage 6 - Seiten E6 ff. (A6 - Seite E6) Erklärung des Bieters bzw. der Bietergemeinschaft über den Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren gem. § 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV. Mindestanforderung ist ein Gesamtumsatz (Jahresmittel) von 300.000 EUR (brutto) im Leistungsbild Gebäude und Innenräume. (A6 - Seite E6) Erklärung des Bieters zur Berufshaftpflichtversicherung gem. § 45 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 VgV: Eigenerklärung im Eignungsnachweis über das Vorliegen oder die Bereitschaft zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung über 3,0 Mio. EUR für

Personenschäden und über 3,0 Mio. EUR für Sachschäden bei einem Versicherungsunternehmen (VU), das in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist. Die Erklärung des Versicherungsunternehmens über das Vorhandensein oder die Bereitschaft zum Abschluss muss vor Auftragserteilung mit dem Angebot eingereicht werden und darf nicht älter als sechs Monate sein, gerechnet vom Tag der Bekanntmachung an. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Die Versicherung kann bereits ständig abgeschlossen sein oder im Auftragsfall projektbezogen abgeschlossen werden. Bei Versicherungsverträgen mit Pauschaldeckungen (also ohne Unterscheidung nach Personen- und Sach- und Vermögensschäden) ist eine Erklärung des VUs erforderlich, dass die Schadenskategorien im Auftragsfall parallel zueinander mit den geforderten Deckungssummen abgesichert sind. Die geforderte Sicherheit kann auch durch eine Erklärung des VUs nachgewiesen werden, in der das VU den Abschluss der geforderten Haftpflichtleistungen und Deckungsnachweise im Auftragsfall zusichert. Hinweis: Die Auflistung der Eignungskriterien ist ausschließlich in Anlage 6 vollständig.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität
Bezeichnung: A) Darlegung des vorgesehenen Projektteams (mit Unterkriterien)
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen definierten Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 35

Kriterium:

Art: Qualität
Bezeichnung: B) Herangehensweise an die konkrete Planungsaufgabe (mit Unterkriterien)
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen definierten Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 45

Kriterium:

Art: Preis
Bezeichnung: C) Honorar
Beschreibung: Die Wertung erfolgt nach der in den Beschaffungsunterlagen definierten Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien.
Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)
Zuschlagskriterium — Zahl: 20

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch
Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen (oder Teile davon) offiziell verfügbar sind: Deutsch
Internetadresse der Auftragsunterlagen: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284a86-eu

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284a86-eu

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich
Adresse für die Einreichung: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284a86-eu

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch
Elektronischer Katalog: Nicht zulässig
Varianten: Nicht zulässig
Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig
Frist für den Eingang der Angebote: 07/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage
Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:
Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.
Zusätzliche Informationen: Gem. § 56 Abs. 2 VgV behält sich der Auftraggeber vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen, insbesondere Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzufordern. Ein Rechtsanspruch auf Nachforderung besteht nicht.
Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:
Eröffnungstermin: 07/10/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Ort des Eröffnungstermins: - digital -
Auftragsbedingungen:
Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein
Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein
Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist und in der alle Mitglieder aufgeführt sind. Zusätzlich muss der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet sein. Es muss über einen Nachweis erklärt werden, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem AG rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:
Keine Rahmenvereinbarung
Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:
Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Südbayern
Informationen über die Überprüfungsfristen: Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt werden. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang

der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB).
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Landratsamt Bad Tölz - Wolfratshausen
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Landratsamt Bad Tölz - Wolfratshausen
Organisation, die Angebote bearbeitet: Landratsamt Bad Tölz - Wolfratshausen

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Bad Tölz - Wolfratshausen
Registrierungsnummer: DE128378248
Postanschrift: Prof.-Max-Lange-Platz 1
Stadt: Bad Tölz
Postleitzahl: 83646
Land, Gliederung (NUTS): Bad Tölz-Wolfratshausen (DE216)
Land: Deutschland
E-Mail: Hauptamt@lra-toelz.de
Telefon: +49 8041505601
Fax: +49 8041505240
Internetadresse: http://lra-toelz.de/
Profil des Erwerbers: https://plattform.aumass.de/Veroeffentlichung/av284a86-eu
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt
Organisation, die Angebote bearbeitet

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Südbayern
Registrierungsnummer: DE 811335517
Postanschrift: Maximilianstraße 39
Stadt: München
Postleitzahl: 80534
Land, Gliederung (NUTS): München, Kreisfreie Stadt (DE212)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de
Telefon: +498921762411
Fax: +498921762847
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung
:
0a8eb5f8-21e7-4c29-b390-f938928a9051-01
Hauptgrund für die Änderung
:
Korrektur – Beschaffer
Beschreibung
:
Anpassung redaktioneller Abweichungen der Eignungskriterien im Bekanntmachungstext (BT-750-Lot).

10.1. Änderung

Abschnittskennung: LOT-0001
Beschreibung der Änderungen: Anpassung an die Eignungskriterien in BT-750-Lot gemäß Anlage 16. Anzahl der Beschäftigten: Ein jährliches Mittel von einem technischen festangestellten Vollzeit-Mitarbeiter – zusätzlich zur genannten Projektleitung. Berufserfahrung: Mindestanforderung sind vier Jahre Berufserfahrung für den Geschäftsführer oder die Führungskraft in diesem Leistungsbild. Zeitraum der Referenz 2: 01.01.2016 - 31.12.2025

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 42177133-af31-4691-b542-005203115f09 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 14/09/2026 10:40:09 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 633133-2026
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 178/2026
Datum der Veröffentlichung: 15/09/2026